

GR. Thomas Rajakovics

15.11.2007

A N T R A G

Betr.: Spielplatz Karlauergürtel

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Bereits im Jahre 2004 wurde in einem umfangreichen Prozess unter der Einbeziehung von AnrainerInnen, Erwachsenen und Kindern, der Spielplatz Karlauergürtel von den Wirtschaftsbetrieben geplant.

Nach Abschluss der Planungen wurden ein Kletterhaus, ein Volleyballplatz, ein größerer Sandbereich die Befestigung der Wege, Sitzgelegenheiten mit Tisch und ein Rodelhügel für die Umsetzung festgelegt und die Umsetzung versprochen.

Allein geschehen ist bis heute nichts.

Die Kinder in diesem Einzugsgebiet sind auf Grund der hohen Verkehrsbelastung sowieso benachteiligt und es gibt keine adäquaten Möglichkeiten im näheren Umfeld wohin sie ausweichen könnten.

Dieser Spielplatz ist ganz dringend notwendig. Trotz mehrerer Anläufe wurde den BewohnerInnen keine Information gegeben, bis wann der Umbau des Spielplatzes in Angriff genommen wird.

Im Namen des Gemeinderatsklubs der Grazer ÖVP stelle ich daher den

A n t r a g ,

dass die Errichtung des Spielplatz in der mit den BewohnerInnen vereinbarten Form umgehend begonnen wird.

GR. Mag. Gerhard SPATH

15.11.2007

A N T R A G

Betr.: Schloss Reinthal

Das Schloss Reinthal und dessen Liegenschaft im Gesamtausmaß von 18 ha beschäftigten den Gemeinderat in der Februarsitzung dieses Jahres gleich dreimal.

Zuerst gab es eine Frage von mir zum Thema "Baumfällungen Schloss Reinthal", danach einen Antrag von meiner Gemeinderatskollegin Mag. Fluch zum Thema "öffentliche Nutzung des Areals für die Bevölkerung" und als Tagesordnungspunkt "die Übertragung der künftigen Nutzung durch eine private Investorin".

Rückwirkend per 1.1. dJ wurde das Schloss Reinthal samt dem gesamten Areal von der GBG für 25 Jahre an Frau Dr. Zidek verpachtet.

Die Pächterin begann sofort mit der Einzäunung ihrer Liegenschaft und brachte Schilder mit der Aufschrift "Privatbesitz – Durchgang verboten" an. Weiters begann sie mit der Errichtung von Unterständen für Pferde, da sie ein Therapiezentrum mit Pferden für behinderte Kinder errichten wollte. Die Gemeinde Hart bei Graz untersagte ihr dies, aus Mangel eines gültigen Bescheides. Daraufhin wollte die Pächterin das Areal für die eigene Pferdezucht nutzen, wobei ihr die Genehmigung ebenfalls verweigert wurde.

Der Grüngürtel im Osten von Graz gilt als Naherholungsgebiet für die Grazer Bevölkerung. Die Wald- und Wiesenflächen in Petersbergen, insbesondere das idyllische Gebiet um das Schloss Reinthal, werden von vielen Spaziergängern und Erholungssuchenden seit Jahrzehnten zum Ausspannen und Auftanken genutzt. Die gesunde Luft, die ruhige Umgebung und der große Waldbestand laden dazu ein.

Die Wegbenutzung der Liegenschaft Schloss Reinthal wurde und wird von der Pächterin untersagt und die Absperrungen damit begründet, dass die Störung durch Spaziergänger und Wanderer mit der Zucht von Pferden nicht vereinbar ist. Ebenfalls ist die von ihr der Spielgemeinschaft Hohenrain zugesagte Möglichkeit, das Schloss weiterhin als Aufführungsort für ihre erfolgreichen Theaterproduktionen und Kulturveranstaltungen zu nutzen, nicht eingehalten worden.

Die Pächterin selbst führt in persönlichen Gesprächen aus, dass sie bereit wäre, einen Kompromiss zu finden.

Somit stellen sich drei Fragen, die in der Sicht der Bevölkerung einer dringenden Beantwortung harren:

1. Wie kann möglichst rasch eine Nutzung des Areals oder von Teilen des Areals als Wander- und Naherholungsgebiet für die Bevölkerung erreicht werden?
2. Kann das Projekt – ein Reit- und Therapiezentrum zu errichten – , so wie es von Frau Dr. Zidek geplant ist, auf Grund der geltenden Gesetze auch umgesetzt werden?
3. Ist Fr. Dr. Zidek ihrer Verpflichtung aus dem Leasingvertrag, die monatlichen Leasingraten an die GBG zu zahlen, auch nachgekommen?

Namens des ÖVP – Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g,

die Stadt Graz möge über ihre EigentümerversreterInnen in der GBG eine Klärung der drei angeführten Fragen herbeiführen und einen Informationsbericht über den Status und die nahe Zukunft des Projektes noch in diesem Jahr dem Gemeinderat vorlegen.

GR. DI Georg TOPF

15.11.2007

A N T R A G

Betr.: lärmdämmende Maßnahmen für das Plabutschtunnel - Nordportal bei Aus- und Einfahrtsbereichen für Einsatzfahrzeuge

In der Weströhre des Plabutschtunnels befindet sich ca. 100 Meter vom Nordportal entfernt in Richtung Süden eine Ausfahrtsmöglichkeit für Einsatzfahrzeuge, welche über eine Zufahrtsstraße dann auch in die Oströhre einfahren können. Diese Situation bringt für die Raacher-Bevölkerung eine zusätzliche Lärmbelästigung insbesondere deshalb, weil einerseits bei dieser Ausfahrtsmöglichkeit kein Tor vorhanden ist und somit die Schallausbreitung direkt in die angrenzende Umgebung und somit auch unmittelbar in das Siedlungsgebiet von Raach erfolgt. Eine Maßnahme zum Beispiel in Form eines lärmdämmenden Vorhangs oder eines Tores als schalltechnische Abschirmung würde die Belastung für die Bevölkerung in diesem Bereich auf ein erträgliches Maß reduzieren.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragen, an die ASFINAG heranzutreten, dass bei der Ausfahrtsmöglichkeit für Einsatzfahrzeuge im Bereich des Nordportals lärmdämmende Maßnahmen gesetzt werden.

GR. DI Georg TOPF

15.11.2007

A N T R A G

Betr.: St. Johannes Park – Trinkwasserbrunnen und WC-Anlage

Der St. Johannes Park im Nahbereich des Seelsorgezentrums St. Johannes gehört zu den beliebtesten Grünoasen (mit Hundewiese!) im Süden des Bezirkes Gries und wird durch die Bevölkerung insbesondere auch aus den Bereichen der Wohnhäuser in der Triester- und Denggenhofsiedlung aber auch darüber hinaus von allen Altersgruppen gerne aufgesucht und in Anspruch genommen. Zu begrüßen ist, dass diese Parkanlage auf unbefristete Zeit seitens der Stadtgemeinde Graz gepachtet wurde. Die Besucherinnen und Besucher, Nutzerinnen und Nutzer, die sich oft über einen längeren Zeitraum im Park aufhalten, beklagen jedoch zunehmend, dass keine Möglichkeiten vorhanden sind, einerseits sich bei einer Brunnenanlage zu erfrischen und andererseits eine WC-Anlage aufzusuchen.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

Der Gemeinderat wolle die zuständigen Magistratsabteilungen und darüber hinaus auch die Grazer Stadtwerke beauftragen bzw. ersuchen, wie bereits in bewährter Weise bei anderen Parkanlagen auch im St. Johannes Park an geeigneten Stellen einerseits einen Trinkwasserbrunnen zu installieren und andererseits eine mobile WC-Anlage einzurichten. Dem Gemeinderat soll ein Bericht hierüber ehemöglichst vorgelegt werden.

GR. DI Georg TOPF

15.11.2007

A N T R A G

Betr.: Sicherheitsproblematik bei den Kreuzungen
Herrgottwiesgasse-Tändelwiese und
Herrgottwiesgasse-Dornschneidergasse

Im Zuge der durchgeführten Sanierungen der Herrgottwiesgasse - sowohl die Gleisanlagen als auch Straßengestaltung betreffend - wurden Haltestellen der Straßenbahnlinie 5 für die Fahrtrichtung nach Puntigam verlegt. Dabei wurden die Haltestelle „Puchstraße“ in Richtung Süden an die Südseite der Kreuzung Herrgottwiesgasse-Tändelwiese und die Haltestelle „Dornschneidergasse“ in Richtung Norden an die Nordseite der Kreuzung Herrgottwiesgasse-Dornschneidergasse verschoben. Im Zusammenhang mit den Sanierungs- und Adaptierungsmaßnahmen wurden die Fußgängerübergänge einschließlich Gehsteige und Auftrittsflächen neu gestaltet. Bei diesen Arbeiten wurden sämtliche Übergangsbereiche barrierefrei in abgesenkter und sehbehindertengerechten Form ausgeführt, wobei offensichtlich aus verkehrssicherheitstechnischen Gründen (eingeschränkter Sichtwinkel!) die südliche Querungsmöglichkeit bei der Kreuzung Herrgottwiesgasse-Tändelwiese und die nördliche Querungsmöglichkeit bei der Kreuzung Herrgottwiesgasse-Dornschneidergasse nicht als Übergänge markiert wurden. Dies Tatsache führt nunmehr dazu, dass Passanten möglicherweise aus Bequemlichkeitsgründen aber insbesondere aufgrund der Meinung, dass bei den abgesenkten, barrierefreien Bereichen nur auf die Markierung vergessen wurde, vielfach die nicht gekennzeichneten Querungen benutzen und somit prekären Verkehrssituationen und massive Gefährdungen besonders auch für behinderte Menschen die Folge sind.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle die zuständigen Magistratsabteilungen mit der Prüfung und Kontrolle beauftragen, ob nicht allenfalls durch eine geringfügige Verschiebung der Haltebereiche für die in Richtung Puntigam fahrenden Straßenbahnen bei den Haltestellen „Puchstraße“ und „Dornschneidergasse“ die jeweils fehlenden quasi vierten bereits abgesenkten, barrierefreien Querungsmöglichkeiten als Fußgängerübergänge markiert werden könnten. Dem Gemeinderat soll ein Bericht hierüber ehemöglichst vorgelegt werden.

GR. Rudolf TRUMMER

15.11.2007

A N T R A G

Betr.: Sicherung von Kinderspielplätzen

An der Ecke Puntigamerstraße/Kadettengasse befindet sich ein öffentlicher Spielplatz, welcher in diesem Bereich der einzige des Bezirkes ist. Der nächste Spielplatz befindet sich an der nördlichen Bezirksgrenze zu Jakomini im Grünanger. Auf dem Areal der Firma Magna Steyr befindet sich ein weiterer Kinderspielplatz, jedoch ist das Weiterbestehen dieses Spielplatzes nicht vertraglich gesichert.

In den letzten Jahren ist die Puntigamerstraße zur Schwerverkehrsstraße geworden. Der obengenannte Kinderspielplatz befindet sich direkt an der Puntigamerstraße und ist zur Fahrbahn nur durch ein leichtes Gelände sowie offenes Gebüsch abgetrennt. Im Kreuzungsbereich und der dort weiterverlaufenden Straße ist der Spielplatz völlig ungesichert.

Es spielen auch sehr viele Kleinkinder dort, die von ihren Eltern beaufsichtigt werden, jedoch ergeben sich wiederholt äußerst gefährliche Situationen, wenn z.B. Mütter zwei oder mehrere Kindern zugleich zu beaufsichtigen haben, wo dann die eben kurz unbeachteten Kleinen einfach losmarschieren, um auf die Autos zuzugehen. Viele Kinder kuscheln sich auch, oft versteckend, unter die Büsche, die leider auch sehr intensiv von den Hunden benutzt werden, so dass die Mütter klagen, nahezu täglich Hundekot an ihren Kindern zu finden.

Gerade an der Seite zur Puntigamerstraße wäre auch ein simpler Holzzaun bereits sehr effizient und auch der gefährliche Kreuzungsbereich muss darin einbezogen werden.

Es ist auch völlig unverständlich, dass, laut Aussage der Bezirksvorstehung die zuständige Stadträtin, auf den Hinweis dieser Missstände überhaupt nicht reagiert hat.

Namens des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

dass die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragt werden, an derart gefährlichen Straßen die Kinderspielplätze so zu sichern, dass für die dort spielenden Kinder keine Gefahr besteht.

GR. HR Mag. Eva Maria FLUCH MBA

15.11.2007

A N T R A G

Betr. Lärmschutz im Freien

Nachbarschaftslärm ist immer eine heikle Angelegenheit. Gerade in der Stadt gibt es unterschiedliche Bilder einer angenehm verbrachten Freizeit. Während der eine gerne eine Gästeschar um sich versammelt, liebt der andere die Ruhe und Ungestörtheit in seinen eigenen vier Wänden.

In weiten Teilen ist Nachbarschaftslärm eine Frage des Ausverhandelns zwischen mündigen BürgerInnen. Mit Aufklärung und der Bereitschaft zu Rücksichtnahme und guter Nachbarschaft lässt sich viel erreichen. Dennoch scheint es notwendig, seitens der Stadt einen groben Rahmen vorzugeben.

Laut der geltenden Grazer Immissionsschutzverordnung können über Privatpersonen, die ihre Nachbarn durch Lärm belästigen, Geldstrafen verhängt werden. Nachbarschaftslärm wird in dieser Verordnung spezifiziert und umfasst den Lärm durch handwerkliche Tätigkeiten, durch Gartenarbeiten, durch Fahrzeuge auf Privatstraßen oder auch den Lärm, den Nachbars Hund oder Hahn verursachen.

Eine Bürgerin hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass andere Städte ihre Immissionsschutzverordnungen bereits besser auf aktuelle Erfordernisse abgestimmt haben. Ein besonderes Ärgernis stellen heutzutage ja Musikanlagen, Fernsehgeräte und Computerspielkonsolen dar, die vor allem in der wärmeren Jahreszeit bei geöffneten Fenstern oder bei Gartenfesten für Nachbarn zu einer Lärmbelästigung werden.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g,

dass die Grazer Immissionsschutzverordnung aktualisiert und insbesondere um Bestimmungen zur Lärmbelästigung durch Musikanlagen, Fernsehgeräte und Ähnliches ergänzt wird.

GR. HR Mag. Eva Maria FLUCH MBA

15.11.2007

A N T R A G

Betr. Entscheidung über Wasserversanierungsprojekte
(Am Dürrgraben und Liebenau)

In zahlreichen Initiativen habe ich darauf hingewiesen, dass es letzte „weiße Flecken“ beim Ausbau des Grazer Trinkwassernetzes gibt. Begründungen, warum diese Projekte erst nach Abschluss der anderen Projekte bekannt wurden, wurden zur Genüge geliefert. Die Bauarbeiten beispielsweise am Am Dürrgraben in Graz Andritz sind bereits abgeschlossen. Was noch immer nicht entschieden ist, ist, ob sich die Stadt Graz wie bei den vorherigen Ähnlich gelagerten Fällen finanziell beteiligen wird, was meines Erachtens ein Gebot der Fairness wäre.

Gerade am Ende eines Budgetjahres und erst recht am Ende einer Gemeinderatsperiode wäre es ein Leichtes, einen Kassensturz zu machen und Gelder, die in anderen Bereichen nicht zur Gänze verbraucht wurden, für dringende Anliegen wie diese umzuwidmen. Dafür braucht es nur die Bereitschaft des Finanzreferenten.

So werden, wie wir einem Stück der heutigen Tagesordnung entnehmen, für Lärmschutzprojekte entlang der ÖBB nicht alle dafür erforderlichen Mittel verbraucht.

Namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei stelle ich daher den

A n t r a g,

dass die noch ausstehenden Wasserversanierungsprojekte aus den nicht in Anspruch genommenen Mitteln für Lärmschutzmaßnahmen finanziert werden.

GR. Kurt HOHENSINNER

16.11.2007

A N T R A G

Betr.: Time-Sharing Büros für Jugend, Kultur- und Sportvereine

Das Geld wird weniger, die Stadt kann sich in Sparzeiten nicht mehr so viele Subventionen leisten. Darunter leiden sehr oft Vereine.

Deshalb soll die Stadt Geschäftslokale anbieten, die von mehreren Vereinen benützt werden können.

Der erste Schritt wäre ein Pilotprojekt mit zehn Vereinen, die als Voraussetzung die Gemeinnützigkeit mitbringen. Diese Initiative könnte vor allem Jugend-, Kultur- und -sportvereinen zu Gute kommen.

Zur Einrichtung der Büros gehören natürlich auch technische Geräte wie Computer, Fax, Telefon und Kopierer.

Da es in vielen Städten Europas bereits ähnliche Modelle gibt, soll die Stadt Graz ein geeignetes Konzept ausarbeiten.

Daher stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, den Bedarf an „Time-Sharing Büros“ zu ermitteln, nach geeigneten Geschäftslokalen zu suchen sowie ein Konzept für die Einrichtung und den Betrieb hierfür zu erstellen.



Betr: Grüne Zonen/Sonderregelung
für HeimgärtnerInnen

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Eichberger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. November 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit 4. Juni dieses Jahres wurde bekanntlich in Graz mit der Einrichtung von „Grünen Zonen“ begonnen. In einer ersten Etappe, ehe die Evaluierungen anlaufen, sind insgesamt sieben solcher „Grünen Zonen“ vorgesehen, in denen BewohnerInnen, UnternehmerInnen und DienstnehmerInnen zu vergünstigten Tarifen parken können, nämlich um vier Euro pro Monat.

Leider wurde jedoch, was diese Vergünstigungen betrifft, auf eine Bevölkerungsgruppe vergessen, wie ich bereits in einer Anfrage an Herrn Bürgermeister Nagl am 28. Juni hingewiesen habe: auf die HeimgärtnerInnen. Diese müssen, sofern ihre Heimgärten im Bereich der „Grünen Zonen“ liegen, für das Parken 60 Cent pro Stunde bezahlen – denn sie fallen nicht unter die Kategorie BewohnerInnen. Und das, obwohl ihre Heimgärten, für die sie Pachtverträge haben, quasi fast einen zweiten Wohnsitz darstellen. Vor allem aber ist zu bedenken, dass Heimgärten für viele Grazerinnen und Grazer der Ort der wichtigsten Erholung, die grüne Oase darstellen und dass es sich bei HeimgärtnerInnen nicht um Menschen handelt, die über einen derartigen finanziellen Rückhalt verfügen, dass sie sich Villen leisten können, dass sich ihr Grünraum rund um ihr Eigenheim befindet.

Nachdem ich auf meine Anfrage an den Bürgermeister, ob er bereit sei, dafür zu sorgen, dass auch HeimgärtnerInnen in den Genuss der ermäßigten Parktarife kommen, bis dato keine Reaktion erhalten habe und das Problem nach wie vor evident ist, stelle ich nunmehr namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

den Antrag,

die zuständige Magistratsabteilung möge beauftragt werden, im Sinne des Motivenberichts eine Lösung zu erarbeiten, um HeimgärtnerInnen in jenen Bereichen, in denen Heimgärten in Grünen Zonen liegen, in den Genuss der ermäßigten Parktarife kommen zu lassen.



Betr: Bedarfserhebung für
Autobuslinien

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn GR Peter Haas
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. November 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs und damit dessen Inanspruchnahme steht und fällt mit fahrgastfreundlichen Betriebszeiten. Buslinien, die nur bis 20 oder 21 Uhr bzw. an Sonn- und Feiertagen überhaupt nicht verkehren, wie beispielsweise die Buslinien 62 und 64, sind nicht dazu geeignet, zum Umsteigen auf den ÖV zu animieren..

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher

den Antrag,

die Grazer Verkehrsbetriebe mögen ersucht werden, für sämtliche dieser Buslinien im Sinne einer effizienten Fahrgastbetreuung Bedarfserhebungen durchführen, um in weiterer Folge die Betriebszeiten dieser für Lienen benutzerInnenfreundlich und auf den tatsächlichen Bedarf hin ausrichten zu können..



Betr: Messendorfer Bach, Bereich Arnikaweg
Ableitung des Regenwassers

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

ANTRAG

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Peter Rieger
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. November 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Sachprogramm „Grazer Bäche“ sieht vor, für den unter dem Namen „Messendorfer Bach“ bekannten Bachlauf im Bereiche des Arnikaweges ein Rückhaltebecken für zu erwartendes Hochwasser zu schaffen. Dafür sollen ca. 6000 bis 7000 Quadratmeter teilweise wertvoller Baugrund in Anspruch genommen und außerdem eine Staumauer im Bereiche des Arnikaweges errichtet werden.

Dieser Vorschlag wurde von einem Planungsbüro gemacht, dessen Mitarbeiter sich nicht einmal die Mühe gemacht haben, die landschaftlichen Gegebenheiten an Ort und Stelle anzuschauen und auch nicht mit den betroffenen Grundbesitzern zu reden. Dabei würde mit etwas gutem Willen ein brach liegendes Grundstück, auf dem sich ein durch Samenflug gewachsener Wald befindet, dafür hervorragend anbieten. Dazu kommt noch, dass durch dieses Planungsbüro ein Gutachten erstellt wurde, wie man für den Bau einer Siedlung im oberen Bereich des Fruhmannweges das Regenwasser versickern lassen könnte. Dazu muss festgehalten werden, dass in diesem Gebiet – Fruhmannstraße, Arnikaweg, Wacholderweg und Steinkleeweg – eine Ziegelei die für die Ziegelbrennung notwendigen Rohstoff gewonnen hat. Das bedeutet nichts anderes, als dass seit langer Zeit bekannt ist, dass dieses Gebiet als Untergrund Lehm aufweist und dadurch enorm viel für die Ableitung auch des Regenwassers gemacht werden muss.

In der Gemeinderatssitzung vom 18.10.2007 habe ich bereits den Antrag gestellt, dass die schriftliche Zusage von StR. DI. Rüscher eingehalten wird, den Regenwasserkanal im Arnikaweg zu sanieren.

Folgende Fakten sind noch zusätzlich dazu aufgetreten: Im Bereich des oberen Fruhmannweges sollen mehrere Siedlungen gebaut werden, das Rückhaltebecken für den Messenbach soll errichtet werden, außerdem ist der Bach im Bereich des Wacholderweges verrohrt und weist der Rohrdurchmesser einen zu geringen Querschnitt auf.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die zuständige Stelle des Magistrates Graz – Kanalbauamt ist anzuweisen,

1. das schriftliche Versprechen von StR DI. Rüschi umzusetzen, den privaten Regenwasserkanal im Arnikaweg zu sanieren,
2. die Planung für das Rückhaltebecken ist gemeinsam mit den betroffenen Anrainern durchzuführen, wobei nach Möglichkeit die Vorschläge der AnrainernInnen zu berücksichtigen sind,
3. der Querschnitt der Rohre des im Wacholderweg gefassten Baches sind auf die neuen Bedingungen hin zu überprüfen und
4. für das gesamte Gebiet ist ein Konzept für die Regenwasserableitung zu erstellen, besonders im Hinblick darauf, dass im Bereiche des oberen Fruhmännweges die Errichtung von etlichen Wohnhäusern zu erwarten ist.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 15. November 2007

Gemeinderätin: Gertrude Schloffer

Gemeinsamer Antrag von SPÖ, KPÖ und Grüne

Betreff: Heimgartenanlage Theodor Körner in Andritz

Im September dieses Jahres kam ein Hilfeschrei von den Pächtern der Heimgartenanlage Theodor Körner in Andritz. Der Grund dafür war ein Schreiben der Grazer Stadtwerke AG, die als Eigentümerin des Areals ankündigte, die Anlage in Bauland umwidmen zu lassen.

Diese Heimgärten werden hauptsächlich von älteren Personen mit Liebe und Hingabe gepflegt. Damit tragen sie zum schönen Landschaftsbild bei.

Viele Pächter kommen zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu den Anlagen. Sollten diese – wie angekündigt – an den Stadtrand verlegt werden, wird auch die Erreichbarkeit der Heimgärten für die älteren Personen ein Problem werden.

Außerdem ist der Bezirk Andritz schon derart verbaut und erstickt im Individualverkehr, dass großflächigen Verbauten im Freiland Einhalt geboten werden muss.

Deshalb stelle ich im Namen von SPÖ, KPÖ und Grüne folgenden

Antrag:

Die zuständige Magistratsabteilung wird angewiesen dafür zu sorgen, dass die gesamte Anlage des Heimgartens Theodor Körner in Andritz, welche zur Zeit im Flächenwidmungsplan als „Freiland mit Sondernutzung“ ausgewiesen ist, nicht in Bauland umgewidmet wird.